

stiegen. Alles in allem hat sich China im Bereich der Konsumgüter schon heute als "Welthandels-Tiger" etablieren können. (So FAZ, 28.10.92)

Die Zusammenarbeit umfaßt aber nicht nur die Wirtschaft, sondern bezieht auch andere Gebiete wie Erziehung und Wissenschaft mit ein.

China hat bislang rd. 10.000 Studenten in die Bundesrepublik zur Fortbildung geschickt. 3.500 sind wieder zurückgekehrt. Aus Deutschland kamen bisher rd. 1.100 Studenten nach China - gegenwärtig sind es etwa 200.

In Zusammenarbeit mit einigen Stiftungen, vor allem mit der Hanns-Seidel-Stiftung, wurde das duale deutsche Berufsausbildungssystem auf China übertragen.

Projekte der Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich bestehen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Luftfahrttechnologie, des Energiewesens, der Ozeanographie u.dgl., um hier nur einige Beispiele zu nennen. -we-

zen sollte, um den Wirtschaftsaufbau voranzubringen. Zweitens sind sich die Unternehmen ihrer neuen Eigenständigkeit wesentlich bewußt geworden. Drittens befürwortet man einen offenen Markt nach innen und nach außen an Stelle des "alten geschlossenen Einheitsmarktes". Viertens habe das absolute gleichmacherische Denken im Verlaufe der marktwirtschaftlichen Reformen nachgelassen. Die individuelle Initiative werde stärker eingestuft. Viertens "war der alte langsame, ineffiziente Mechanismus ein Gewächshaus für Bürokratie und Formalismus". Im Verlaufe der Reform sind sich die Menschen der Schwächen eines solchen Mechanismus bewußt geworden. Sie haben ein neues Bewußtsein für den Wert der Zeit entwickelt. "Zeit ist Gold" sei eine neue Redewendung in der Bevölkerung. Sechstens ist den Betriebsführungen die große Bedeutung von Wissenschaft und Technologie gegenüber anderen Faktoren des Wirtschaftens bewußt geworden. Alle diese Veränderungen dürften in Zukunft zu weiterer Dynamik führen. (XNA, 31.10.92) -ma-

\*(9)

#### Propagandaarbeit

Im Anschluß an den XIV. Parteitag der KPCh hat die Propagandaabteilung des ZK der Partei die sog. "Meinungen zur Anordnung des Studiums und der Veröffentlichung der Dokumente des XIV. Nationalen Parteitages" herausgegeben. Mit diesem Dokument werden alle örtlichen Ebenen aufgefordert, "unter Leitung der Parteikomitees die Dokumente des XIV. Nationalen Parteitages ernsthaft zu studieren und zu verbreiten". Laut Dokument sei der XIV. Parteitag ein "Treffen von großer geschichtlicher Bedeutung" gewesen. Er werde im Sinne der "Theorie des Genossen Deng Xiaoping zum Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten" große Beiträge zur Vertiefung der Reform und zur Öffnung des Landes leisten. Dementsprechend werden die örtlichen Ebenen aufgefordert, den Inhalt der Dokumentation so schnell wie möglich allen Parteimitgliedern, Kadern und der Bevölkerung insgesamt zugänglich zu machen. Vor allem müsse man den Bericht des Genossen Jiang Zemin ausführlich studieren und ihn im Zusammenhang mit den Thesen Deng Xiaopings "einschließlich seiner

wichtigen Reden während seiner Reise in den Süden zu Beginn dieses Jahres" sehen. Ferner müsse man sich darüber klar werden, daß die "grundlegende Zusammenfassung der großen Praxis der letzten 14 Jahre" die "geschichtlichen Beiträge des Genossen Deng Xiaopings" verdeutliche. Die Theorie vom Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten sei "ein Erzeugnis der Verschmelzung der grundlegenden Aussagen des Marxismus-Leninismus mit der Wirklichkeit des gegenwärtigen China und den Besonderheiten unserer Zeit sowie ein Erbe und eine Entwicklung des Mao Zedong-Denkens, die Kristallisation der kollektiven Weisheit der gesamten Partei und des Volkes im ganzen Lande und der wertvollste geistige Besitz der KPCh und des chinesischen Volkes."

Das Dokument betont ferner, daß Wachsamkeit gegen rechts nach wie vor notwendig sei, daß jedoch der Kampf gegen links Vorrang habe. Wichtig sei, daß die Bedingungen für die Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft erfüllt werden. Voraussetzung hierfür sei ein sorgfältiges Studium der "Hauptaufgaben der Reform und des Aufbaus in den 1990er Jahren". Ferner mache das Material zur "internationalen Lage und unsere Außenpolitik" deutlich, daß die Welt von heute einem deutlichen Wandel unterliege und daß die neue Außenpolitik Chinas dieser neuen Situation voll gerecht werde. Schließlich könne die Partei ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie an ihrer eigenen Festigung weiter arbeite. Grundlage dieser Arbeit sei das Material "Stärkung des Parteaufbaus und Verbesserung der Parteiführung".

Das Studium der Dokumente des XIV. Parteitages müsse in den verschiedenen Provinzen und Örtlichkeiten des Landes unterschiedlich "entsprechend der tatsächlichen Lage in jedem Gebiet, in jeder Abteilung oder Einheit" vorgenommen werden. Kader von der Kreisebene an sollen an "turnusmäßiger Ausbildung und Seminaren in einer zentralisierten Einrichtung teilnehmen, in der sie die Originaltexte der Dokumente intensiv studieren können und ausgedehnte Diskussionen zu Fragen der Theorie und Praxis führen können." Vor allem gehe es darum, veraltete Ansichten und Verhaltensweisen zu überwinden und "andere unrealistische Konzepte abzulegen". Einfache

---

## Innenpolitik

---

\*(8)

#### Ideologische Veränderungen

Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua im Anschluß an den XIV. Parteikongreß der KPCh sei es im Verlaufe der letzten 14 Jahre in China zu "bemerkenswerten ideologischen Veränderungen" gekommen. Dies gelte vor allem für solche weltanschaulichen Konzepte, die sich auf die Wirtschaft des Landes bezögen. Im Verlaufe der allmählichen Herausbildung einer Marktwirtschaft sind "damit eng verbundene Konzepte in den Herzen des chinesischen Volkes entstanden". Diese neuen Konzepte und das mit ihnen verbundene Denken hat zu größerer "Kreativität, Offenheit und Wettbewerbsfähigkeit" geführt. Vor allem in sechs Punkten habe es deutliche Veränderungen gegeben. Erstens ist es den Menschen klar geworden, daß man an Stelle der "hochzentralisierten Wirtschaft mit Einheitsplanung und Einheitspreisen" alle Quellen nut-



Parteimitglieder sollten "am Studium in einer organisierten Weise teilnehmen". Vor allem sollen Kader, die nicht der Partei angehören, sowie die allgemeine Öffentlichkeit durch Vorträge und Berichte unter Leitung der verantwortlichen Genossen der Parteikomitees und der Propagandaabteilungen informiert werden.

Offensichtlich geht es Deng Xiaoping und den Kräften, die ihn unterstützen, darum, in Zukunft alle Personen und Gruppierungen innerhalb der Partei, die den Dengschen Leitthesen Widerstand bzw. Reserve entgegenzusetzen, als "Antipartei"-Elemente in die Enge zu drängen. "Parteimitglieder und Kader, die klar bewiesen haben, daß sie gegen die Politik und die Prinzipien der Reform und Öffnung Widerstand geleistet und sich ihnen entgegengestellt haben und die die Durchführung wichtiger Reformmaßnahmen behindert haben, müssen sich einer ernsthaften Untersuchung unterziehen und werden gemäß der Parteiverfassung behandelt." Hauptzuständige für diese Arbeit sollen naturgemäß Qiao Shi als Sekretär und Zhen Zuolin als 1. Stellvertreter der Zentralen Disziplinspektionskommission der Partei sein. Motto des Vorgehens ist, so heißt es: "Großzügig gegenüber denjenigen, die vor dem XIV. Nationalen Parteitag der KPCh gegen Reformen waren, aber streng gegenüber denjenigen, die die Reformen nach dem Parteitag immer noch ablehnen." (SWB, 26.10.92) -ma-

\*(10)

#### Meinungsfreiheit?

Im Vorfeld des XIV. Parteitages hat Chinas Spitzenführer Deng Xiaoping persönlich angedeutet, daß "Intellektuelle abweichende Ansichten äußern dürfen, vorausgesetzt, daß sie nicht an Aktivitäten teilnehmen, die sich gegen die Kommunistische Partei oder die Regierung richten". Laut Deng sollte sich die Parteiführung um ein neues Arrangement mit den Intellektuellen bemühen. "Intellektuelle dürfen Meinungen ausdrücken, die von denen der Partei abweichen." Im Gegensatz zu bloßen Meinungsäußerungen seien organisatorische Aktivitäten jedoch nicht gestattet. Die Parteiführung werde niemals eine "Oppositionspartei" zulassen oder andere "Organisationen, die sich zu alternativen Machtquellen ent-

wickeln" könnten. Anders gesagt, die Parteiführung ist bereit, kritische Ansichten solange zu tolerieren, wie sie sie für ungefährlich hält. Auf der anderen Seite erhoffen sich Deng und seine engeren Anhänger offensichtlich, die Intellektuellen des Landes vor allem im Bereich der Wirtschaft und Technologie zur Mitarbeit zu gewinnen. Dies gilt vor allem für die Bemühung, chinesische Wissenschaftler, die sich im Ausland aufhalten, zur Rückkehr zu bewegen. Schwierigkeiten scheint es z.Z. mit den konservativen Kräften in der Partei zu geben, die nicht einmal die von Deng avisierten begrenzten Freiräume tolerieren möchten. Andererseits sind regierungskritische Kräfte keineswegs von der Dauerhaftigkeit der angestrebten Liberalisierung überzeugt: "Das neue Arrangement wird nur so lange wie die Kampagne gegen Links anhalten, oder dann, wenn Deng die Hilfe der Liberalen benötigt, um gegen die Maoisten vorzugehen." (SCMP, 3.10.92) -ma-

\*(11)

#### Parteimitglieder

Die Kommunistische Partei Chinas hat gegenwärtig eine Mitgliedschaft von gut 51 Millionen, die in 3,24 Millionen Basiseinheiten zusammengefaßt sind. Nach Angaben der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Partei sind seit dem XIII. Nationalen Parteitag 1987 7,51 Millionen neue Mitglieder hinzugekommen. Gleichzeitig habe die Partei ihr Niveau erhöht. "Ein Drittel der 24 Millionen akademischen Berufsträger und Techniker sind Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas." Unter den neu hinzugekommenen Mitgliedern der letzten Jahre verfügen rd. zwei Drittel über eine fortgeschrittene Schulausbildung, d.h. Besuch der Oberen Mittelschule oder Hochschule. Damit ist der Gesamtanteil der Parteimitglieder, die über eine fortgeschrittene Erziehung verfügen, auf 34,9% gestiegen (1978: 12,8%). Gleichzeitig ist der Anteil der Mitglieder, die über keine Erziehung oder nur Primarschulerziehung verfügen, von 1978 58,4% auf 36,3% zurückgegangen. (XNA, 7.10.92) -ma-

\*(12)

#### Gespräche mit nichtkommunistischen Parteien

Seit "der 4. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh 1989" haben zwischen Vertretern des Zentral-

komitees der KPCh und Führern der nichtkommunistischen Parteien sowie parteilosen Persönlichkeiten insgesamt 51 Konferenzen, Symposien und andere Arten von Treffen stattgefunden. Bei 32 dieser Treffen leiteten Mitglieder des Zentralkomitees der KPCh den Vorsitz, bei 10 führende Kräfte des Staatsrates und bei weiteren 9 Vertreter von anderen Abteilungen, "die vom Zentralkomitee der KPCh beauftragt" worden waren. Im Normalfall, so heißt es, bemühe sich das Zentralkomitee darum, die nichtkommunistischen Parteien und parteilose Persönlichkeiten voll an "Regierungs- und Politikangelegenheiten zu beteiligen". Wenn es um wichtige Erlasse und Dokumente gehe, werden die Parteien und die entsprechenden Persönlichkeiten im Vorfeld informiert. Das gleiche gelte für einen angestrebten Personalwechsel in wichtigen Ämtern, insbesondere im Nationalen Volkskongreß, im Staatsrat und in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. (XNA, 6.10.92) -ma-

\*(13)

#### Bao Tong weiter im Gefängnis

Nach Angaben verschiedener Zeitungen, so u.a. *Hong Kong Economic Times*, sei Bao Tong, einer der führenden Dissidenten und vormaliges Mitglied des Zentralkomitees der KPCh im Verlaufe des Monats Oktober 1992 aus der Haft entlassen worden. Bao, der als einer der engsten Berater des früheren Generalsekretärs der Partei Zhao Ziyang galt, war im Zusammenhang mit den Ereignissen vom Mai/Juni 1989 wegen seiner offen-kritischen Haltung aus seinen Ämtern entfernt und verhaftet worden. Laut *Hong Kong Economic Times* sei er an einen "geheimen Ort" gebracht worden, um nach Ende des XIV. Parteitages freigelassen zu werden. Diese Meldungen stimmen offensichtlich nicht mit den Tatsachen überein, zumindest waren sie deutlich voreilig. Nach Aussagen, die auf Familienmitglieder zurückgeführt werden können, habe Bao das Gefängnis zu Zwecken medizinischer Behandlung zwar vorübergehend verlassen dürfen, er bleibe jedoch weiterhin im "Hochsicherheitsgefängnis Qin-cheng". Zwar habe sich die Behandlung des Delinquenten gebessert, es sei ihm erlaubt, zusammen mit einem anderen Häftling unter Aufsicht ein Fernsehgerät zu benutzen, aber zugleich sei ihm die Nutzung eines Ra-



dios verboten worden, was im Gegensatz zu den offiziellen Reformbestimmungen für das chinesische Gefängniswesen stehe. Ferner ist die Besuchserlaubnis für die Familie weiterhin auf einen Besuch alle zwei Monate begrenzt. Der Briefverkehr ist auf einen Brief je Monat beschränkt. Bao habe sich, so heißt es, mit der Absicht getragen, eine Petition einzureichen. Er habe jedoch bisher von diesem Vorhaben Abstand genommen, da er befürchte, "daß er die Möglichkeit verlieren würde, seine Familie zu sehen, wenn er sich entschlösse, das zu tun." Von seiten der Behörden hieß es dazu, daß eine Petition als gerichtlicher Vorgang bewertet werde und daß nach chinesischem Gesetz "Straftäter während eines Gerichtsprozesses niemanden außer ihren Strafverteidigern treffen dürfen." Bao wurde im August 1991 zu insgesamt sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Die Begründung lautete "Verrat von Staatsgeheimnissen" und "konterrevolutionäre Propaganda". Im Gegensatz zu den begrenzten aktuellen Informationsmöglichkeiten (Fernsehen und Rundfunk) sei es ihm nach offiziellen Angaben erlaubt, "Bücher und Zeitschriften zu lesen" und "Kalligraphie zu üben" sowie chinesisches Schattenboxen zu trainieren. Angeblich soll Bao im Gefängnis vor allem Englisch lernen, um sich geistig zu beschäftigen. Kontakte zu anderen Gefangenen und das Recht zu arbeiten sind ihm nach wie vor verweigert. (SCMP, 19.10.92) -ma-

\*(14)

**Rotgardistenführer frei**

Einer der fünf bekannten radikalen Studentenführer während der Hochphase der Kulturrevolution, Kuai Dafu, hat nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in einem Industriebetrieb in Shandong eine Anstellung gefunden. Nach eigenen Aussagen liegen seine persönlichen Wünsche für die Zukunft in einem "Familienleben in Frieden und Ruhe". Im Rückblick auf die Ereignisse vor 26 Jahren äußerte sich Kuai Dafu wie folgt: "Die jungen Menschen unserer Generation vor gut 20 Jahren waren unschuldig, aber fanatisch, naiv und grausam. Wir zeigten blinden Gehorsam, wurden aber im Dunkeln gehalten. Deshalb zweifelten wir an allem, waren leidenschaftlich und heftig und gingen zugleich mit der Strömung. Unser extremes Verhalten

hatte unsere persönliche Natur entstellt, und dementsprechend wurden wir zu Werkzeugen in einem verwirrenden Krieg. Dann wurden wir Opfer der großen Katastrophe. Wenn man sich die Geschichte der wichtigen Tage vor über 20 Jahren ansieht, dann kann ich das jetzt richtig sehen und das ablehnen, was abgelehnt werden sollte, denn die Geschichte ist gerecht." (SWB, 7.10.92) -ma-

\*(15)

**Nachlassende Polizeimoral**

In einem Artikel vom 22. September 1992 befaßt sich die RMRB, am Beispiel der Provinz Guangdong, mit den negativen Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels in China auf die chinesische Polizei. So heißt es u.a., daß das Parteikomitee der bewaffneten Polizeistreitkräfte der Provinz Guangdong in letzter Zeit verstärkten Wert auf ideologische und politische Schulung der Offiziere und Mannschaftsdienstgrade der Polizei gelegt habe, um "gesunde Trends zu fördern und das Bewußtsein zur Unterstützung der Reform- und der Öffnungspolitik zu stärken". Im Prozeß der Reformpolitik sei es zu deutlichen Verbesserungen des Lebensstandards der Bevölkerung gekommen. Gleichzeitig jedoch sei in den Reihen der Polizei der weitverbreitete Eindruck entstanden, "daß derjenige, der bei der Polizei diene, Verluste erleidet". Dieses Bewußtsein sei falsch und müsse durch ein Denken ersetzt werden, das "Wert auf die Gesamtsituation legt, um die Mentalität der Sorge um persönliche Gewinne und Verluste sowie ein blindes Unterlegenheitsgefühl zu überwinden und dadurch den Geist selbstloser Beiträge zu fördern". Ferner solle Offizieren und Mannschaften verdeutlicht werden, daß "das Corps aus den Erfolgen des örtlichen Wirtschaftsaufbaus seit Beginn der Reform und der Öffnung Vorteile gewonnen hat". Im weiteren Verlauf der Reform werden die Beziehungen zwischen den Sicherheitskräften und der örtlichen Bevölkerung ausgeglichen werden, und "die Offiziere und Mannschaften des Corps werden mit Sicherheit durch die Reform und Öffnung dazugewinnen". Andererseits wird zugegeben, daß die Polizei starken negativen Einflüssen ausgesetzt ist. "Offiziere und Mannschaften sind im Dienst häufig mit den dunklen Seiten der Gesellschaft in Berührung

geraten, und einige gesetzbüchliche Elemente haben auf verschiedene schmutzige Machenschaften zurückgegriffen, um das Corps mit Geld und Frauen zu verführen." Um diesem Trend zu begegnen, werden die Mitglieder des Polizeicorps in verschiedenen Kursen über "Ethik und Moral beider Geschlechter" sowie "angemessene gesellschaftliche Kontakte" unterrichtet, um "die für das Gesetz zuständigen Offiziere daran zu hindern, das Gesetz zu brechen". Neben Erziehungsaktivitäten hat die Führung des Polizeicorps auch gegen verschiedene Mitglieder disziplinarische und strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet. -ma-

\*(16)

**Razzien**

In der ersten Oktoberhälfte haben chinesische Polizeikräfte im gesamten Land zweiwöchige Großrazzien durchgeführt, in deren Verlauf insgesamt 7.100 Feuerwaffen beschlagnahmt wurden. Schon in den Wochen zuvor waren insgesamt "über 10.000 Geräte zur Waffenherstellung und ein großer Bestand an Sprengstoff, Zündern und Messern" zwangsweise eingesammelt worden. Bei den meisten dieser Waffen handelt es sich um Jagdgewehre, die zu einem erheblichen Teil "von Fabriken ohne Regierungserlaubnis hergestellt und verkauft wurden". (XNA, 18.10.92) -ma-

\*(17)

**Örtliche Regierungsreform**

Vor fünf Jahren leitete China Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde-Stadt-Regierungsebene, "der untersten Ebene der fünf Ebenen der Verwaltungsstruktur Chinas", ein. "Die Ebenen sind in der folgenden Reihenfolge: Zentrale, Provinzen, Präfekturen, Kreise, Gemeinden-Städte". Die Reformmaßnahmen haben nach Angaben des Personalministeriums "große Erfolge" gezeigt. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen stand die Bestimmung, daß "herausragende Bauern Gemeinde-Städte-Regierungspositionen durch Einstellungsverträge übernehmen können. Wenn sie sich als qualifiziert erweisen, werden ihre Verträge erneuert, ansonsten laufen sie aus." Diese Verträge decken in der Regel einen Dreijahreszeitraum ab. Nach Auslaufen des Ver-



trages "geht der Bauer gewöhnlich auf seinen Hof zurück". Nach vorläufigen Statistiken sind in China im Verlaufe der letzten Jahre insgesamt "mehr als 285.000 Basisangestellte vertraglich verpflichtet worden". Rund 20.000 erwiesen sich als nicht genügend qualifiziert und wurden wieder entlassen. Die Gesamtzahl aller Angestellter auf der Ebene der 55.000 Gemeinden-Städte beläuft sich auf 1,28 Millionen, d.h. die große Mehrheit dieser Angestellten ist nach wie vor ernannt oder gewählt. Unter den vertraglich verpflichteten Angestellten verfügen "rd. 80% über Abschlußzeugnisse der Oberen Mittelschule oder höher, der gleiche Prozentsatz ist jünger als 40 Jahre". Ziel der vertraglichen Verpflichtung von "Bauern als Angestellte" sei die bessere Kommunikation zwischen den Stadtbehörden und den ländlichen Produzenten. (XNA, 6.10.92) -ma-

\*(18)

#### Zentrale Sozialismusakademie

Die sog. Zentrale Sozialismusakademie Chinas ist eine "hochrangige politische Institution, die gemeinsam von Chinas demokratischen Parteien und parteilosen Persönlichkeiten unterhalten wird". Die Akademie feierte am 16. Oktober ihr 36jähriges Bestehen. Sie war in der kulturevolutionären Hochphase der VR China geschlossen und erst vor zehn Jahren wiedereröffnet worden. In einem Glückwunschsreiben teilte Jiang Zemin, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, der Leitung der Institution mit, daß die Akademie von großer Bedeutung sei und daß sie "den Sozialismus aufrecht erhalten müsse". (XNA, 17.10.92) -ma-

\*(19)

#### Unbewegliche Verwaltung

Zhao Dongwan, Minister für Personal, gab Ende Oktober 1992 vor dem Ständigen Ausschuß des VII. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes einen kritischen Lagebericht zur Leistungsfähigkeit des "administrativen Systems und der Regierungsorganisationen". Die mangelnde Leistungsfähigkeit dieser Organe habe wesentlich dazu beigetragen, daß die "alte Struktur, die sich in der hochzentralisierten Planwirtschaft entwickelt hat", nicht ausreichend abgebaut werden konnte.

Das gegenwärtige Hauptproblem ist die personelle "Überbesetzung der Partei- und Regierungsorganisationen, was zu einer großen Finanzlast für das Land führt". Seit Jahren haben das Zentralkomitee der Partei wie auch der Staatsrat "zahlreiche Dokumente veröffentlicht, die alle Ebenen der Parteikomitees und Regierungen auffordern, die Zahl der Büros und der Angestellten streng zu kontrollieren", aber "diese Dokumente und Maßnahmen haben im großen und ganzen nicht dazu beigetragen, die erhofften Ergebnisse zu erzielen. In vielen Gegenden sind immer mehr Büros, Partei- und Regierungsabteilungen und Institutionen eingerichtet worden, und sie sind immer stärker besetzt worden." So gibt es z.Z. rd. 2.100 Abteilungsbüros bei den Partei- und Regierungsorganen der Provinzebene. "Das bedeutet, daß jede Provinz (autonome Region und Stadt) im Durchschnitt über 70 Abteilungsbüros errichtet hat, 15 mehr als die durch die Zentrale Personalabteilung genehmigte Zahl. Die Statistiken zeigen ferner, daß jeder Bezirk im Durchschnitt 50 permanente Partei- und Regierungsorgane errichtet hat, jede Stadt auf Bezirksebene 65 und jeder Kreis 45, wodurch die genehmigten Zahlen um 20, 15 bzw. 10 überschritten werden. Nach vorläufigen Statistiken hat China z.Z. über 30.000 permanente Partei- und Regierungsbüros auf Kreisebene mehr als die festgesetzte Zahl. Das ist in der Tat schockierend."

Weiter wurde beklagt, daß die Zahl der nichtständigen Büros "noch alarmierender" sei. So habe eine "gewisse Provinzstadt 131 nichtpermanente Büros eingerichtet". Ähnliches sei auf Kreisebene passiert. Ferner bestehe eine starke Tendenz, nichtpermanente Büros beizubehalten und sie so faktisch zu permanenten zu machen. Aber selbst in den Fällen, in denen nichtpermanente Büros aufgelöst werden, wird das Personal "nicht wie vorgesehen entlassen. Diejenigen, die zu Angestellten ernannt worden sind, behalten ihre Positionen. Das Ergebnis ist ein Anstieg des Büropersonals und der Zahl der Führungspositionen." Trotz aller Ermahnungen der zentralen Behörden, daß "Parteikomitees und Regierungen keine neuen Büros einrichten dürfen, haben sich die örtlichen Ebenen taub gestellt. Um Beschäftigung für überzählige Arbeiter und Angestellte zu finden, haben einige Orte zahlreiche Institutionen errichtet, die

aus öffentlichen Mitteln leben." Zur Zeit gibt es im ganzen Land rd. 1,7 Millionen solcher Institutionen.

1979 "empfangen 15 Millionen Menschen ein Einkommen vom Staat. Bis 1991 stieg die Zahl auf 34 Millionen, wobei jährlich eine Million neu aufgenommen wurde. Wenn das Personal, das von Institutionen, die von öffentlichen Mitteln leben, einbezogen wird, dann ergeben sich für 1991 rd. 40 Millionen."

Zur Zeit sind rd. 5,4 Millionen Kader in örtlichen Einrichtungen beschäftigt. Nimmt man das Personal anderer Basiseinheiten, die durch zentrale Abteilungen geleitet werden, hinzu, kommt man auf 6 Millionen. Im allgemeinen übersteigt das Personal der Provinzbehörden die genehmigte Zahl um bis zu 50%. Dennoch "beschweren sich viele Büros, daß sie unter Personalknappheit leiden und stellen Anträge, ihren Personalbestand erhöhen zu dürfen".

Die Aufblähung der Partei- und Regierungsorganisationen hat zu einer nicht unerheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte geführt. Nach Angaben des Finanzministeriums stiegen die Personalkosten von 1980 40,4 Mrd. Yuan auf 1991 104 Mrd., was einem Anteil von 40% an den gesamten Staatseinnahmen entspricht. Auf Provinzebene ist die Situation besonders prekär. So stiegen z.B. in der Provinz Gansu die Kosten für das Verwaltungspersonal von 1980 200.000 auf 1990 660.000. 2,6 Mrd. Yuan des gesamten Provinzhaushaltes von 3,3 Mrd. Yuan wurden 1990 für Personalkosten ausgegeben. In Hunan belief sich der Personalkostenanteil auf 70% des gesamten Haushaltes. Auf Kreisebene ist die Situation kaum besser. In zahlreichen Kreisen wird der gesamte Kreishaushalt für Personalkosten verwandt, und "viele arme Kreise sind nicht in der Lage, ihre Personalausgaben durch ihre eigenen Einnahmen plus Subventionen vom Staat zu decken". (SWB, 30.10.92) -ma-

\*(20)

#### Gefälschte Personalausweise

Seit März 1992 sind in zahlreichen Gebieten Chinas Personalausweise "verkauft" worden. Auch gegenwärtig werden immer wieder Personen aufgegriffen, die "weiterhin in ländlichen Gebie-



ten Personalausweise kaufen". Hintergrund des illegalen Geschäfts mit Personalausweisen ist, daß man "Aktien im Verhältnis zur Zahl der Personalausweise, über die man verfügt, kaufen kann". Deshalb haben viele Personen "illegal zahlreiche Personalausweise gekauft oder ausgeborgt oder mit ihnen sogar Handel getrieben. Eine Reihe von Bürgern hat ihre Personalausweise aus Mangel an Gesetzeskenntnis verkauft oder übertragen. In einigen Plätzen sind Personalausweise stapelweise per Post versandt worden." Das Ministerium für öffentliche Sicherheit sah sich daraufhin gezwungen, auf die "Bestimmungen der Volksrepublik China für Personalausweise" hinzuweisen und nachdrücklich zu betonen, "daß es den Bürgern nicht erlaubt ist, die Personalausweise anderer Personen zur Abwicklung persönlicher Angelegenheiten zu benutzen". Dies gelte sowohl für politische als auch für wirtschaftliche Dinge. Ferner sei keine Abteilung im Lande berechtigt, irgendeine Bestimmung ohne Genehmigung zu erlassen, die diesem Gesetz zuwiderläuft. Hintergrund dieser Warnung ist, daß "seit März d.J. Behörden in einigen Gegenden gegen Bezahlung abweichend vom Staatsplan ländliche Adressen in nichtländliche umgewandelt haben." (SWB, 22.10.92) -ma-

\*(21)

#### Rechtsschutz für Frauen

Im April d.J. hat der Nationale Volkskongreß das Gesetz zum Schutz der Interessen und Rechte der Frauen förmlich verabschiedet. Nach Angaben des stellvertretenden Direktors des NVK-Komitees für interne und Rechtsangelegenheiten, Zou Yu, stellt das "Gesetz mit neun Abschnitten das erste umfassende Gesetz dar, das China speziell für Frauen erstellt hat". Die neuen Abschnitte bestehen aus 54 Paragraphen, die sich auf die Gleichberechtigung der Frauen in politischen, kulturellen und Erziehungsangelegenheiten sowie hinsichtlich der Arbeit und Ehe beziehen. Zwar habe China bereits seit 1949 eine Anzahl von Gesetzen erlassen, "die Bestimmungen zum Schutz der Rechte und Interessen der Frauen enthalten", aber alle diese Gesetze können "die vielen Veränderungen, die China in den letzten Jahren erlebt hat", nicht ausreichend abdecken, zumal "diese Gesetze keinerlei spezifische Regeln zur Bestrafung bei

Verletzung der Rechte und Interessen von Frauen aufweisen". Das neue Frauengesetz sieht im Gegensatz dazu exakte Strafvorschriften vor für diejenigen, "die Rechte und Interessen der Frauen bei Beschäftigung, Beförderung, Wohnung und anderen Eigentumsangelegenheiten verletzen".

Nach statistischen Angaben hat sich der Status der chinesischen Frau während der letzten Jahrzehnte deutlich verbessert. "Gut 52 Millionen Frauen in China sind in Staatsunternehmen und Staatsinstitutionen beschäftigt, was einem Anteil von 37,7% entspricht." Absolut ist die Zahl der Frauen, die in Regierungsorganisationen aller Ebenen beschäftigt sind, von 1950 150.000 auf 1,9 Millionen angestiegen. 14 Minister- und Vizeministerposten sowie 13 Vizegouverneurspositionen und über 200 Bürgermeister- und Vizebürgermeisterpositionen sind von Frauen besetzt. Rd. 8 Millionen Frauen sind Wissenschaftlerinnen und Technikerinnen. Zur Zeit studieren rd. 690.000 weibliche Studenten an den Hochschulen und Universitäten des Landes, was einem Anteil von 33,7% der gesamten Studentenschaft entspricht. Dennoch heißt es, daß die alte "feudalistische Idee, daß Frauen niedriger stehen als Männer, weiter fortlebt, insbesondere in abgelegenen Gebieten und Gebieten nationaler Minderheiten". (XNA, 4.10.92) -ma-

---

## Kultur

---

\*(22)

#### Östliche Kultur im 21. Jh. bestimmend

Kürzlich fand in China eine internationale Konferenz zum Thema "Asien im 21. Jahrhundert" statt. Sie wurde von der *Volkszeitung* sowie japanischen und koreanischen Medien unter Teilnahme namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller aus den drei Ländern veranstaltet (s. RMRB, 5.10.92). Bemerkenswert ist, daß die Teilnehmer einhellig der Meinung waren, daß sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht sich im 21. Jh. das Gravitationszentrum nach Asien verlagern werde. Zwar wird die westliche Kultur in ihrer Bedeutung für die ostasiati-

schen Länder keineswegs unterschätzt, aber dennoch wird sehr selbstbewußt die kulturelle und wirtschaftliche Zukunft in Asien gesehen.

In vielen wichtigen Fragen, so heißt es, sei man mit den Gästen gleicher oder sehr ähnlicher Meinung gewesen, vor allem blickten alle mit großer Zuversicht auf das zukünftige Asien des 21. Jh. Alle hätten auch die Auffassung geteilt, daß sich Kultur und Wirtschaft einander ergänzen und gegenseitig beeinflussen und daß in diesem Sinne China, Japan und die anderen asiatischen Länder auf der Grundlage ihrer jeweiligen historischen und kulturellen Tradition die zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit absorbieren und eine neue, die asiatischen Völker verbindende östliche Kultur höherer Stufe schaffen würden. Das nächste Jahrhundert werde ein Jahrhundert sein, in dem es zu einem Aufschwung der östlichen Kultur komme und in dem die östliche und westliche Kultur die jeweiligen Vorzüge voneinander übernehmen würden (ebd.).

In einem Artikel unter der Überschrift "Die Hoffnung liegt in Asien" in derselben Ausgabe der *Volkszeitung* werden die wirtschaftlichen Aspekte des Konferenzthemas dargelegt. Dabei werden zwei zukunftsreiche Wirtschaftsregionen genannt: Nordostasien (Japan, Südkorea, Nordostchina), das in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung als die heute vitalste Region der Welt bezeichnet wird, und der südostasiatische Raum mit Malaysia, Thailand, Indonesien und Südchina, der heute schon die Blicke der Welt auf sich lenke. Es stehe außer Zweifel, daß die gesamte asiatische Wirtschaftsregion, von der Bevölkerung, den Ressourcen, dem Bildungsniveau und dem Fleiß her gesehen, künftig eine enorme Macht darstelle. Als entscheidend für die Entwicklung der ostasiatischen Wirtschaftsregion wird die Zusammenarbeit zwischen China und Japan hingestellt. Da beide Länder sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung auf unterschiedlichen Stufen befänden, würden sie sich zum gegenseitigen Nutzen hervorragend ergänzen. Wenn beide zusammenarbeiteten, könne man dem ostasiatischen Wirtschaftsraum eine große Zukunft voraussagen.

Nicht minder optimistisch äußerte man sich auf der Tagung über die Zukunft der östlichen Kultur (vgl. dazu RMRB,